

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 10

Artikel: Vom Zionismus
Autor: Siemsen, Anna
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335122>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schaft darf sich aber nicht auf die den Betrieben übergeordneten Instanzen beschränken, sie muß auch in den Betrieben, den öffentlichen wie den privaten, selber wirken. Eine entsprechende Forderung vermissen wir in dem Nachkriegsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Die Betriebsräte der Weimarer Republik haben eine für das Arbeitsverhältnis wichtige Aufgabe erfüllt. Vor allem haben sie dazu gedient, die Einstellung und Entlassung der einzelnen Arbeitnehmer der Willkür der Arbeitgeber, der öffentlichen wie der privaten, zu entziehen und so die persönliche Freiheit der Arbeiter und Angestellten, die Freiheit der Überzeugung, der Rede vor der Beeinträchtigung durch wirtschaftlichen Druck zu bewahren. Mit Hilfe der Betriebsräte hatten die Arbeitsgerichte die letzte Entscheidung über Einstellung und Entlassung. Das Anstellungsverhältnis wurde so des rein privatrechtlichen Charakters eines persönlichen Dienstes im Interesse des Arbeitgebers entkleidet und bekam auch im Privatbetrieb mehr die Würde einer sachlichen Funktion im Dienste der Gesellschaft. Die Ausdehnung dieser Rolle der Betriebsräte auf die mittleren und kleineren Betriebe, kurz auf jedes Arbeitsverhältnis, ist ein Erfordernis der Humanität.

Diese allein kann das letzte Ziel sein, auch für alles sozialistische Streben. Es zu erreichen, genügen sozialistische Institutionen allein nicht, das haben die Sowjets gelehrt. Ihre undoktrinäre Reformbereitschaft sollte sich der Westen zum Vorbild nehmen und von seinen liberalistischen und demokratischen Grundlagen aus ebensowenig ideologisch und ebensowenig empirisch wie der Osten von seiner sozialistischen Basis aus auf das gemeinsame Ideal der Humanität hinarbeiten. Denn es zu verwirklichen braucht es offenbar alle drei: Freiheit *und* Gleichheit *und* Brüderlichkeit.

Vom Zionismus

Von Anna Siemsen

In der Schweiz sind in den letzten Monaten zwei Schriften jüdischer Autoren erschienen, die sich befassen mit dem Phänomen des Zionismus, und zwar, ohne aufeinander Bezug zu nehmen, in einem klaren Kontra und Pro. Die Kontra-Schrift, eine kurze Broschüre von Riba, vertritt den Standpunkt des «Bundes», der polnisch sozialistischen Juden. Diese sind von jeher ausgesprochen international eingestellte Marxisten gewesen, unterschieden sich dadurch wesentlich von den mehr reformerisch national eingestellten polnischen Sozialdemokraten und lehnten jegliche Aktion einer nationalen Gruppe ab, da sie allein in der Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft, ohne staatliche Grenzen und nationale Gegensätze eine Lösung der Judenfrage, wie aller unserer sozialen und nationalen Probleme erblicken. Es ist im wesentlichen der gleiche Standpunkt und die gleiche Begründung, die Marx in seiner Frühschrift zur Judenfrage glänzend und überzeugend gegeben hat. Ihm läßt sich wenig hinzufügen.

Entgegenhalten läßt sich wohl einzig dies, daß das, was Marx «den Sprung vom Reiche der Notwendigkeit in das der Freiheit» nennt, der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft zeitlich gesehen eben kein Sprung ist, sondern eine sehr langwierige und keineswegs gradlinige Wanderung, und daß für diese Übergangszeit eben doch Lebensmöglichkeiten geschaffen werden müssen für die Menschen, die dazu verurteilt sind, in ihr zu leben.

Wir haben seit zwölf Jahren diese Tatsache eindrücklich erlebt. Niemand eindrücklicher als die Juden. Noch wissen wir nicht abschließend, wieviel Juden dem Naziterror und der Gleichgültigkeit der antisemitisch infizierten Welt zum Opfer fielen. Es müssen in Europa mindestens sechs Millionen sein. Der verbleibende Rest ist, soweit er aus den besonders schwer vom Antisemitismus betroffenen Ländern stammt, heimatlos. Man kann einem aus Deutschland vertriebenen und ausgebürgerten Juden unmöglich zumuten, daß er dorthin zurückkehre und die ganze Gefahr eines neuen antisemitischen Ausbruches auf sich nehme. Wir haben nämlich nicht den mindesten Grund anzunehmen, daß die Weltmächte in einem solchen Falle sich als zuverlässigere Schützer des Rechtes erweisen würden, denn in diesem letzten Schreckensjahrzehnt. Wenn, was wahrscheinlich ist, eine Minderheit der Geflüchteten dieses Los auf sich nehmen wollen, kann man das begrüßen. Für die Mehrheit muß eine Lebensmöglichkeit geschaffen werden.

Bisher hat noch kein Land der Welt Geneigtheit bewiesen, die Heimatlosen aufzunehmen. So entsteht das ganz akute politische Problem: Was soll mit ihnen geschehen? Im Schrecken der Kriegszeit verhallte der Notruf derjenigen, die man im «Niemandland» zwischen den Grenzen oder auf «Schiffen ohne Hafen», denen das Anlegen untersagt wurde, zugrunde gehen ließ. 1942 und 1943, als eine Geste der großen Demokratien, die Erklärung nämlich, daß sie bereit sein würden, die in die Schweiz flüchtenden bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit als Weiterwanderer aufzunehmen, Tausenden, die zurückgewiesen wurden, das Leben hätte retten können, war diese Erklärung von Gesandtschaften und Konsulaten nicht zu erhalten. Vielmehr sperrte gerade in dieser Zeit das englische Weißbuch über das Mandatland Palästina diese «jüdische Heimstätte» für 1945 vollständig für die Einwanderung. Ja, es war sogar mit äußersten Schwierigkeiten verbunden, innerhalb des Rahmens der sehr beschränkten Einwanderungsquote die Zulassung für besonders bedrohte Gruppen, insbesondere für aus Osteuropa flüchtende Kinder, zu erhalten.

Um diese Frage geht es zur Stunde: will man gestatten, daß England unter Bruch der Balfour-Deklaration und der von Parlament und Regierung übernommenen Verpflichtung, Palästina für die jüdische Einwanderung sperrt? Es ist durchaus aussichtslos, ein anderes Land für die jüdischen Auswanderer so weit zu öffnen, daß sie alle wieder eine Heimat finden. In USA besteht jetzt eine starke öffentliche Meinung, welche nicht nur zur Balfour-Deklaration zurückkehren will, sondern es für notwendig hält, einen Judenstaat in Palästina zu schaffen mit eigener Regierungsbefugnis, also auch mit dem Rechte, seine Bürger im Ausland kon-

sularisch zu schützen und zu vertreten und ihnen Pässe auszustellen. Ich gestehe offen, daß ich eine solche Regelung nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts für durchaus notwendig halte, weil nicht die leiseste Aussicht besteht, daß die noch sehr problematische neue Sicherheitsorganisation ein größeres Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Juden bekunden wird, als das die alten Völkerbundsregierungen taten.

Es ist dies keine grundsätzliche Frage. Aber es ist eine Frage allerdingendster Lebensnot für Millionen unserer Mitmenschen, die durch allerschwerstes Unrecht von seiten aller Staaten der Vernichtung nahegebracht worden sind.

Es gibt ein böses Witzwort: «Ein Zionist ist ein Jude, der dafür eintritt, daß andere Juden nach Palästina auswandern.» Ein solches Wort verrät eine beklagenswerte und leichtfertige Unwissenheit. Die zionistische Bewegung ist eine gesellschaftliche Tatsache, welche schon sehr beträchtliche Wirklichkeiten in den jüdischen Heimstätten geschaffen hat, Wirklichkeiten, die auch auf dem Gebiete sozialistischer Experimente im Aufbau und der Arbeit der Gewerkschaften, in landwirtschaftlichen Genossenschaften und in Wohnsiedlungen liegen. An dieser Wirklichkeit hängen Hunderttausende jüdischer Existenzen, und Millionen Herzen hoffen auf sie. Für weitere Hunderttausende wird die Schaffung einer anerkannten jüdischen Autorität lebenswichtig sein, welche ihre Interessen, die Interessen aller derer, die sich ihr unterstellen wollen, besser schützt, als das die verantwortlichen Regierungen bisher getan haben.

Alle diese Fragen setzt das sehr gründliche, klar und zuverlässig geschriebene Buch von Norbert Weldler «Sieg des zionistischen Gedankens» auseinander (Verlag der jüdischen Buchgemeinde, Zürich).

Weldler, als überzeugter Zionist, sieht im Zionismus die Dauerlösung. Wer nicht soweit geht — zu diesen Menschen gehöre ich —, wird dennoch anerkennen, daß wir kein Recht haben als Unbeteiligte, gegen die so sehr dringlichen Anliegen der Bedrohten und Bedrängten anzukämpfen. Ich gehe weiter: In der Voraussicht, daß wir erst am Beginn einer sehr notbedrängten und kampferfüllten Übergangszeit stehen, haben wir, gerade weil wir alle unsere Kräfte in den Dienst der sozialistischen Verwirklichungen stellen wollen, jeden Anlaß, dringende Notstände, die ablenkend und schwächend wirken können, wie das bei der Judenfrage durchaus der Fall ist, durch Übergangslösungen zu erleichtern. Jeder aber, der ein Gefühl sozialer Verantwortung besitzt, hat, scheint mir, die Verpflichtung, das Problem der jüdischen Existenz, den Lösungsversuch des Zionismus vom Standpunkt der Zionisten aus kennen zu lernen. Ich weiß keine bessere Einführung als die, welche uns Weldler in seinem Buche gegeben hat.
